



Nummer: 96/2011  
den 25. Aug. 2011

Mitglieder des Kreistags  
des Landkreises Esslingen

- Öffentlich  
 Nichtöffentlich  
 Nichtöffentlich bis zum  
Abschluss der Vorberatung

- KT  
 VFA 8. Dez. 2011/  
29. Sept. 2011  
 ATU  
 ATU/BA  
 SOA  
 KSA  
 JHA

Betreff: Neustrukturierung Kfz-Zulassungsstellen

Anlagen: -

- Verfahrensgang:  Einbringung zur späteren Beratung  
 Vorberatung für den Kreistag  
 Abschließender Beschluss im Ausschuss

**BESCHLUSSANTRAG:**

1. Die Außenstellen der Kraftfahrzeugzulassungsstelle bleiben bis zur Einführung des elektronischen Zulassungsverfahrens bestehen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Einführung des elektronischen Zulassungsverfahrens den Personalbestand der Kraftfahrzeugzulassungsstelle zügig an die Verringerung des Publikumsverkehrs anzupassen und dies jährlich in der Stellenplanvorlage darzustellen.

**Auswirkungen auf den Haushalt:**

keine

**Sachdarstellung:**

In der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 23. September 2010 wurde die Verwaltung beauftragt, die Auswirkungen des elektronischen

Zulassungsverfahren soweit möglich darzustellen und zu prüfen, ob bereits vor dessen Einführung die Schließung von einer oder mehrerer Außenstellen der Kraftfahrzeugzulassungsstelle sinnvoll ist.

## 1. Elektronisches Zulassungsverfahren

### a) Projektziele

Das von der Bundesregierung initiierte Deutschland-Online Vorhaben „Kfz-Wesen“ soll Individualkunden und Gewerbe neben den herkömmlichen Wegen für Kfz-Zulassung eine Option eröffnen, die Fahrzeugregistrierungsprozesse (An-, Ab- und Ummeldung) möglichst durchgängig online ausführen zu können. Durch das elektronische Verfahren sollen wahrnehmbare Erleichterungen für Bürger und Verwaltung erreicht werden. Parallel soll auch die interne Verwaltungseffizienz und Kostenstruktur durch eine sinnvolle und intelligente Veränderung der Geschäftsprozesse und der Auftragsbeziehungen einschließlich der gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessert werden.

### b) Projektablauf

Bund und Länder haben eine stufenweise Umsetzung des Vorhabens beschlossen, wobei die jeweiligen Umsetzungsstufen zunächst durch ausgewählte Zulassungsbezirke („Piloten“) erprobt werden sollen. In Baden-Württemberg arbeitet der Landkreis Esslingen neben dem Rhein-Neckar-Kreis, dem Zollernalbkreis sowie den Städten Stuttgart und Karlsruhe als Pilotbehörde in dem Projekt mit. Die Datenzentrale Baden-Württemberg hat den Auftrag übernommen, den elektronischen Bürgerdienst (eBürgerdienst) für das Zulassungsverfahren zu programmieren.

Neben der Programmierung einer neuen Software sind auch umfangreiche Rechtsänderungen erforderlich. Realistischerweise muss daher davon ausgegangen werden, dass auch bei den Pilotanwendern ein Echtbetrieb des Verfahrens nicht vor 2013 möglich sein dürfte. Das Landratsamt Esslingen wird als Pilotanwender auf jeden Fall bei den Ersten in Baden-Württemberg sein, die das neue Verfahren anwenden.

### c) Auswirkungen auf das Landratsamt Esslingen

Die für das elektronische Zulassungsverfahren erforderliche Software befindet sich derzeit noch in einem sehr frühen Entwicklungsstadium. Es kann daher nicht abgeschätzt werden, wie sich das Verfahren konkret auf die Geschäftsprozesse auswirkt und wie die Auswirkungen auf die personelle und organisatorische Struktur sein werden.

Es kann bei einer Prognose daher nur von den Projektzielen (siehe 1.a) ausgegangen werden. Wenn diese Ziele tatsächlich realisiert werden können, wird dies zu tiefgreifenden Veränderungen in der Kraftfahrzeugzulassungsstelle führen:

- Massiver Abbau von Personal wegen Reduzierung des Publikumsverkehrs und Vereinfachung bzw. Wegfall von Geschäftsprozessen
- Reduzierung bzw. Auflösung von Außenstellen.

Die Realisierung dieser Veränderungen ist davon abhängig, wie die Bevölkerung das elektronische Verfahren annimmt. Diese notwendige Akzeptanz hängt wesentlich von der Benutzerfreundlichkeit des Verfahrens ab. Wahrscheinlich wird es einer längeren Einführungsphase bedürfen, in der nur sehr zögerlich eine

Personalreduzierung erreicht wird, da in dieser Zeit auch weiterhin das konventionelle Zulassungsverfahren angeboten werden muss. Jedoch wird mit Beginn des Echtbetriebs der Personalbestand laufend an die zunehmende Nutzung des elektronischen Verfahrens angepasst werden.

Derzeit kann nicht abgeschätzt werden, welcher Kernbestand an Personal bei vollständiger Nutzung des neuen Verfahrens auf Dauer benötigt wird. Die Verwaltung geht davon aus, dass bei Erfüllung der angestrebten Ziele mindestens 30% aller Stellen in der Kfz.-Zulassungsstelle abgebaut werden können. Ob damit auch alle Außenstellen aufgelöst werden können, hängt davon ab, ob dort weiterhin bestimmte Abholungen notwendig sein werden und ob das Landratsamt Esslingen diesen Service vor Ort weiterhin aufrecht erhalten möchte.

## 2. Schließung von Außenstellen vor Einführung des elektronischen Verfahrens

Die Verwaltung spricht sich eindeutig gegen die Schließung von Außenstellen vor Einführung des Online-Verfahrens aus.

- a) Die in der aufzulösenden Außenstelle tätigen Personen müssen auf die übrigen bleibenden Kfz.-Zulassungsstellen umgesetzt werden, da sich durch die Auflösung die Zahl der Zulassungsvorgänge nicht reduziert.

Derzeit sind die Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen des Landratsamtes Esslingen personell wie folgt besetzt:

Zulassungsstelle	Planstellen 2011	Personen gesamt	davon Teilzeit unter 70 %	
			Zahl	%
Filderstadt	6,4	7	2	29 %
Kirchheim u. T.	6,3	8	4	50 %
Nürtingen	7,0	10	6	60 %
<b>Außenstellen</b>	<b>19,7</b>	<b>25</b>	<b>12</b>	<b>48 %</b>
nachrichtlich: Esslingen a. N.	31,3	38	17	45 %
<b>Gesamt</b>	<b>51,0</b>	<b>63</b>	<b>29</b>	<b>46,8 %</b>

- b) Die Einbindung in die aufnehmenden Zulassungsstellen erfordert zum Einen eine freie Bürofläche in der benötigten Größe und zum Anderen zusätzliche Schalterplätze für die Publikumsbedienung.

Die Raumsituation stellt sich wie folgt dar (in m<sup>2</sup>):

Zulassungsstelle	Büroraum			Sonstige Flächen	Besucherbereich	Gesamtflächen
	Großraum	Normal-Büro	Gesamt			
Filderstadt	75	-	75	12	83	170
Kirchheim	63	-	63	24	73	160
Nürtingen	105	-	105	6	74	185
<b>Außenstellen</b>	<b>243</b>	<b>-</b>	<b>243</b>	<b>42</b>	<b>230</b>	<b>515</b>
nachrichtlich: Esslingen a. N.	267	76	343	28	136	507

<b>Gesamt</b>	<b>510</b>	<b>76</b>	<b>586</b>	<b>70</b>	<b>336</b>	<b>1.022</b>
---------------	------------	-----------	------------	-----------	------------	--------------

Derzeit sind folgende Schalterplätze vorhanden (ohne Kasse und Führerscheingelegenheiten):

Esslingen a.N.	11
Filderstadt	5
Kirchheim u.T.	4
Nürtingen	4

Eine Erweiterung der Schalterplätze ist von den räumlichen Gegebenheiten her in allen Außenstellen schwierig, z.T. sogar unmöglich (Nürtingen) und auf jeden Fall mit erheblichen Kosten verbunden. Am ehesten könnte dies in Filderstadt gelingen, wenn die dort untergebrachten Mitarbeiter der Verkehrsüberwachung anderweitig untergebracht werden können. Die Kosten für die Umgestaltung der Schaltersituation in Filderstadt können derzeit nicht abgeschätzt werden. Hierzu müsste ein entsprechender Auftrag an ein Architekturbüro erteilt werden.

c) In jeder Außenstelle werden auch die Angelegenheiten aus dem Führerscheinebereich bearbeitet, die einer persönlichen Vorsprache der Bürger bedürfen:

- Ersatz-Führerscheine
- Umtausch von Führerscheinen
- Verlängerungen von Führerscheinen
- Ausstellung von internationalen Führerscheinen
- Aushändigung von Führerscheinen bei Ersterteilungen und Erweiterungen

Nach Auffassung der Verwaltung sollte dieser Service in den Außenstellen auf Dauer beibehalten werden.

### 3. Ergebnis

Als einzig denkbare Schließung käme die Außenstelle in Nürtingen in Frage, wenn in Filderstadt die Schaltersituation baulich angepasst wird und die Mitarbeiter der Verkehrsüberwachung in die freiwerdenden Räume in Nürtingen umziehen.

Angesichts der notwendigen Umbaukosten ist die Verwaltung der Auffassung, dass die wesentliche Reduzierung der Besucher durch das künftige elektronische Zulassungsverfahren abgewartet werden sollte, bevor über den Fortbestand der Außenstellen entschieden wird. Dadurch können auch die bei einer sofortigen Schließung anfallenden Kosten für den Umbau im Schalterbereich erspart werden.

Heinz Eininger  
Landrat